



Die Steuererlassfrage in der Budget-Commission.

Unser Berliner Correspondent schreibt:

Die Budgetcommission hat gestern (Mittwoch) Abend und heute Morgen die Steuererlassanträge von Richter und Minnigerode beraten. Bei genauer Vergleichung des schon am 8. November vorigen Jahres von Eugen Richter mit Unterstützung seiner Partei „bezüglich dauernder Sicherstellung des für das Etatsjahr 1881/82 in Aussicht genommenen Steuererlasses“ eingebrachten Antrages mit dem vor wenigen Tagen nach langer Beratung der Conservativen mit dem Finanzminister Bitter eingebrachten Antrage des Abgeordneten v. Minnigerode stellt sich heraus, daß ein sachlicher Unterschied zwischen beiden Anträgen nicht vorhanden ist. Bei der gestrigen Discussion gerieten sich, sehr erklärlicher Weise, die Conservativen und die Clericalen, als wäre der Antrag Richter ganz unannehmbar, dagegen der Antrag Minnigerode vorzüglich. Der clericale Abgeordnete von Güne erklärte, das Centrum habe einstimmig beschlossen, für den Antrag Minnigerode zu stimmen. Der Finanzminister Bitter seinerseits ging auf ein solches Verdict nicht ein; er erklärte, daß die Staatsregierung den dauernden Erlass von $\frac{1}{4}$ der Klassensteuer und $\frac{1}{2}$ der Einkommensteuer der fünf untersten Stufen in Gemäßheit beider Anträge mit Freude acceptire. Dennoch sprachen sich die nationalliberalen Abgeordneten Weber (Erfurt), Dr. Hammacher-Essen und von Benda, sowie der freiconservative Abg. Siengel gegen den Steuererlass aus. Die fortschrittlichen Mitglieder der Commission Virchow und Büchtemann sprachen sich ebenso wie schließlich auch Richter für den Antrag aus. Büchtemann betonte dabei, daß die demnächstigen Ueberschüsse aus den Eisenbahnen nicht bloß 14 Mill., wie der Minister calculirt, sondern möglicherweise das Doppelte, mindestens aber 20 Mill. Mark betragen würden. Von besonderem Interesse war eine Aeußerung des Abg. Richter, der als Antragsteller zugezogen war, ohne Mitglied der Commission zu sein. Er fand in dem Antrage von Minnigerode einen alten Bekannten unter anderer Etiquette; es sei nicht das erste Mal, daß seine vor der Volksvertretung entwickelten Gedanken unter conservativer Flagge in die Gesetzgebung gelangten. Die §§ 2 (Anrechnung auf das erste Verwendungsgehalt) und 3 (Vorbehalt in Ansehung der Communal-Steuer und des Wahlrechtes) des Minnigerodeschen Antrages betrafen Details, die nach Annahme des Steuererlasses zu ordnen und die in seinem Antrage fortgeblieben seien, weil es tactisch falsch sei, solchen Antrag mit Detailfragen zu belassen. Der sachliche Unterschied zwischen seinem Antrage Art. I und II und dem Minnigerodeschen § 1 bestuhe nur darin, daß nach letzterem drei Monatsraten erlassen würden, also die Verteilung auf alle 12 Monate ausgeschlossen sei. Das sei nichts Principielleres, sondern lediglich technisch-finanzielle Frage oder Frage der Durchführung. Der gegenwärtige Finanzminister, der vierte, der ihm hier gegenüberstehe, habe gleich seinen Vorgängern Reform der Klassen- und Einkommensteuer versprochen; der von der Fortschrittspartei beantragte laufende Steuererlass sei eine Verbesserung, die in der Reformlinie liege und veranlasse durch die Erklärung des Finanzministers bei Uebergabe des Budgets, daß es nicht zweifelhaft sei, daß auch in Zukunft die Mittel zu dem nur für ein Jahr vorgeschlagenen Steuererlass mit Sicherheit vorhanden sei. Wenn die Regierung erkläre, sie komme mit einer geringeren Steuer aus, so habe die Volksvertretung keine Veranlassung, mehr Steuern zu bewilligen, als sie fordert. Von einer Vinculierung des Reichstages für neue Steuern, sei keine Rede; da die 130 Mill. Reichsteuern, die künftig noch mehr einbringen würden, einmal gefällig geworden seien, so sei nicht zu verantworten, die Kleinigkeit von 14 Millionen bei einem Budget von 1000 Mill. abzulehnen. Freilich komme der Erlass nur einem Theile der so schwer durch Kornzölle, Petroleum-, Holz-, Fleischzölle u. s. w. belasteten unteren Volksklassen zu gut. Viel Heiterkeit erregte es, als Richter die vom Finanzminister auffällig gebrauchte Redewendung wiederholte, wonach er (Bitter) „oder sein Nachfolger je nachdem“ bei der weiteren Steuerreform künftig verfahren werde. — Die Abstimmung erfolgte heute dahin, daß der Antrag Richter-Minnigerode mit 13 Stimmen (Conserv., Fortsch., Centrum, Vole, Secessionist) gegen 4 (Nationallib., v. Benda und Bauerschmidt und Freicons.) Siengel und von Tiedemann) angenommen wurde. Es fehlten 4 Mitglieder, 1 Cons., 1 Freicons. und die beiden Nationallib. Weber und Hammacher. Im Abgeordnetenhaus wird die Majorität verhältnismäßig noch größer sein.

Der Correspondent berichtet, wie folgt:

Im Abgeordnetenhaus wird man sich vom Montag ab ausschließlich mit den finanziellen Angelegenheiten beschäftigen. Gestern Abend und heute Vormittag hat die Budgetcommission ausschließlich über den Steuererlass debattirt und heute den Antrag der Conservativen mit 13 gegen 4 Stimmen angenommen. Die Nationalliberalen und die Freiconservativen stimmten dagegen. Der Ausgang dieser wichtigen Angelegenheit für das Plenum ist damit entschieden. Die Regierung aber hat sich dahin schlüssig gemacht, auch ihrerseits dem Antrag zuzustimmen, wenn er die Majorität des Hauses findet. In der Budget-Commission gestreute der Finanzminister die Bedenken derjenigen, welche fürchteten, daß ein dauernder Steuererlass durch die Verwendung zu überweisender Reichseinnahmen gedeckt werden soll. Der Minister erklärte ganz bestimmt, daß der Steuererlass mit den Reichsangelegenheiten, welche noch festzustellen seien, in keiner Weise etwas zu thun hätte, daß er vielmehr lediglich durch Maßnahmen der preussischen Verwaltung, und zwar hauptsächlich durch die Steuerreform, welche angebahnt sei, für die Zukunft ermöglicht werden sollte. — Es bestätigt sich übrigens, daß die Conservativen einen Plan zu einer umfassenden Steuerreform ausgearbeitet und dem Reichskanzler unterbreitet haben.

Liberaler Schulverein.

Die in Köln erfolgte Constituirung eines Liberalen Schulvereins von Rheinland-Westfalen, zu welcher Mitte November in Elberfeld der Grund gelegt worden war, hat nicht bloß für die zunächst umspannten beiden Provinzen Interesse. Abgesehen davon, daß eine eventuelle Ausdehnung auf Nassau bereits zur Sprache gekommen ist, fehlen die öffentlichen Bedürfnisse, aus denen der Verein hervorgeht, nirgends. Er hat eine Kampfaufgabe und eine Aufgabe positiver praktischer Förderung: die

letztere findet sich ganz ähnlich überall in Deutschland wieder, die erstere erscheint in den anderen preussischen Landesheilen höchstens noch dringlicher, wenigstens am Niederrhein. Wenn schweren Bedrohungen gegenüber die Schwachen, Zerstrenten am meisten auf feste wirksame Vereinigung ihrer Kräfte angewiesen sind, während die Starren sich eher selbst zu helfen vermögen, so dürfte ein liberaler Schulverein in den dünnbesiedelten, communal lange nicht so lebensvoll entwickelten Landstrichen östlich der Weser noch weit mehr am Platze sein, als westlich. Andererseits ist es freilich auch nur naturgemäß, daß der an Jahren ältere und mit Mitteln aller Art besser versiehene rheinische Liberalismus sich zuerst gegen die Reaction im Schulwesen eigens organisiert. Halb im Stiche gelassen von Ministern, deren Sympathie mit den Gegnern ist, oder die den geistigen Culturinteressen der Nation keine hinlängliche Würdigung widmen, müssen die preussischen Liberalen im Felde stehen gegen die täglich frecher auftretenden Versuche, das einige deutsche Volk zu zerreißen in schroff von einander abgeforderte Seiten. Die Secte des Papstes, die Secte der Berliner Hofprediger will vermöge der Herrschaft über Kirche und Schule die bumpy dahinlebenden bildungslosen Massen für sich in Beschlag nehmen, und alle Uebrigen, d. h. die größte Zahl der selbstständig urtheilenden und frei denkenden Gebildeten, als Paria von jedem öffentlichen Einfluß ausschließen. Dies ist die letzte gemeinsame Tendenz aller heutigen ultramontanen und orthodoxen Action: der Glaubensgerichte über liberale Prediger, der Nechtung der Simultananstalten und der Lehrerbereine, der Attentate auf die freie Wissenschaft der Universitäten, der Wühlerei gegen die staatliche Gefährdung, der Judenhege u. s. f. Gegen solche Abperrung der Massen des Volkes von allen freien, vielseitigen Bildungseinflüssen gegen dieses Monopol des bornirtesten Pfaffenstums auf die Beherrschung der Seelen, gegen diesen neuen und bössartigsten geistlichen Particularismus, der weder die Geographie noch die Geschichte für sich hat, wirkt der rheinisch-westfälische Schulverein seine nationalen Schranken auf. Die nothgedrungene Verteidigungsarbeit wird ihn aber von Beginn an nicht abhalten, auch fortberühn zu wirken für die Weiterbildung unfreies neuerdings viel zu wenig fortgeschrittenen Schulwesens, wofür die Mischung von Lehrern und anderen Freunden der Schule, insbesondere die Theilnahme einsichtsvoller Aerzte und erfahrener communaler Schulverwalter, sich ohne Zweifel äußerst fruchtbar erweisen wird. Es ist doch auch nur ein Aberglaube, allen wichtigen Fortschritt auf diesem Felde von dem uns vorerhaltenen Unterrichtsgehalt zu erwarten. Bei energischer, praktischer Aufnahme der Sache wird man finden, daß sehr viel, was nicht das Meiste, factisch erreichbar ist auch ohne den im Voraus gesicherten guten Willen einiger Minister.

Die katholische Geistlichkeit und die kirchliche Zerrüttung.

Der bereits in telegraphischer Analyse mitgetheilte Artikel der halbamtlichen „Provinzial-Correspondenz“ hat folgenden Wortlaut:

Der Abgeordnete Windthorst hat einen Antrag gestellt, welcher eine Erklärung der kirchlichen Geseze, besonders der Maigesetzgebung, dahin beabsichtigt, daß das Spenden der Sacramente und das Lesen der Messe den Strafbestimmungen jener Geseze nicht unterliege.

Der Antrag des Centrums an und für sich soll heute einer Discussion nicht unterzogen werden, nur in Bezug auf einen wichtigen Punkt, die Frage der Verantwortung für den ungewissenhaft vorhandenen Nothstand, wird es gut sein, schon jetzt eine Aufklärung über die bisherige Stellung der Regierung zu geben.

Dem Antrage sind Motive nicht beigegeben. Wir müssen uns daher zu seiner Beurtheilung theils an den ungewissenhaften Wortlaut desselben, theils an die Begründung in den Blättern des Centrums halten. Besonders lebhaft tritt für den Antrag das hiesige Hauptblatt der Partei ein; man wird kaum irre gehen, anzunehmen, daß dasselbe in diesem Falle die Absichten der Antragsteller zutreffend wiedergibt.

Das ultramontane Blatt giebt als Grund des Antrages den „unverschuldeten, unerträglichen Nothstand der katholischen Bürger des preussischen Staates“ an, welcher täglich schlimmer werde, „da der Tod immer neue Säden in den Reihen der Seelsorger reise“: es handle sich nicht um Doctrinen oder hohe Politik, sondern einfach um die Befriedigung eines schreienden Bedürfnisses, um die Abhilfe einer bitteren Noth. Auch der Antragsteller kündigt bei der Budgetdebatte sein Vorhaben mit den Worten an: es handle sich zunächst darum, „den schreiendsten Nothständen Abhilfe zu schaffen“. Allerdings fügte er seinerseits hinzu: „und der Regierung Zeit zu geben, ihrerseits eine organische Gesezgebung zu vollständiger Abhilfe vorzubereiten“.

Was nun jene „schreiendsten Nothstände“ betrifft, so wird die Stelle in Erinnerung zu bringen sein, welche die Regierung von jeher in Bezug auf die Zerrüttung in der katholischen Kirche eingenommen hat. Es wird sich daraus ergeben, daß sie bei jedem Schritte von Neuem auf die unvermeidlichen traurigen Folgen des Widerstandes der Geistlichkeit gegen die neuen Geseze aufmerksam gemacht hat.

Nach den ersten Maigesetzen (1873) wurden in einem Aufsatze: „Nach dem parlamentarischen Kampfe“, die Bischöfe gerade um ihrer Verantwortung für das Wohl und Gedeihen der katholischen Kirche in Preußen nach dringend gemahnt, der katholischen Kirche auf dem Boden und unter den Bedingungen dieser Geseze die Möglichkeit einer weiteren erfolgreichen Wirksamkeit zu sichern.

Nach den weiteren Maigesetzen aber (von 1874) wurde an dieser Stelle gesagt:

„Die ultramontanen Blätter schildern zur Zeit mit den lebhaftesten Farben die Zerrüttung der Kirche, welche durch die Ausführung der neuen Geseze herbeigeführt werde: wie die katholische Kirche in Preußen nach Kurzem ohne kirchlich anerkannte Oberhirten sein werde, wie es dahin kommen werde, daß in immer zahlreicheren Gemeinden kein Geistlicher mehr da sei, welcher den kirchlich Gläubigen den Segen, den Trost und die Heilmittel der Kirche gewähren könne.“

Und in der That — die Lage für die katholische Kirche wird tief ernst und möglicherweise verhängnisvoll, wenn die neuen Geseze zu einer umfassen und dauernden Wirksamkeit gelangen müssen. Je schwerer aber die Folgen der neuen Gesezgebung werden können, desto schwerer wird die Verantwortung für die Kirchenfürsten sein, welche ohne eine zwingende innere Nothwendigkeit diese Zustände heraufbeschwören.

Was verlangt denn der Staat so Entschlossenes, daß die Gebieter in Rom lieber die deutsche Kirche zerrütten, als den Forderungen des Staates nachgeben wollen! Der Punkt des Gesezes, an welchem sich der bisherige Widerstand mit allen seinen verhängnisvollen Folgen vorzugsweise anknüpft, ist die Forderung, daß die anzustellenden Geistlichen dem Oberpräsidenten namhaft gemacht werden, damit er Einspruch erheben

könne, wenn der Anzustellende den Bedingungen der Staatsangehörigkeit, der geistlichen Unbescholtenheit und der wissenschaftlichen Vorbildung nicht entspricht.

Um einer solchen Forderung willen, welche die Erfüllung des kirchlichen Berufs des geistlichen Hirtenamtes nicht im mindesten beeinträchtigt, sollten die preussischen Bischöfe es dahin kommen lassen, daß sie jenen Beruf überhaupt nicht mehr erfüllen können! Wäre es möglich, daß die gesammte Geistlichkeit des höchsten und alleinigen Auftrages, den sie von dem Heiland erhalten hat, der Pflicht der Fürsorge für das Seelenheil der Gemeinden, sich so leicht entziehen könnten, um dem Staate gegenüber gewisse Nachansprüche der Kirche durchzusetzen!

Es kann nicht fehlen, daß mehr und mehr auch in der katholischen Bevölkerung der Zweifel und die Frage laut werden, ob denn die vom Staate geforderte Anzeige wirklich etwas so Schlimmes und Unersäßbares sei, daß die Bischöfe und Geistlichen darum alles kirchliche Leben zum Stillstand bringen und die Gemeinden alles geistlichen Zuspruchs berauben dürften, ob die Geistlichen auf solche Weise wirklich ihre Pflichten als „gute Hirten“ im Sinne und Geist der Schrift erfüllen: — es kann nicht fehlen, daß mit dem Fortgange der Zerrüttung auch in den katholischen Kreisen immer klarer das Bewußtsein erwache, daß es sich bei dem Widerstande der Bischöfe in Wahrheit nicht um Interessen des katholischen Glaubens, sondern lediglich um die Machtansprüche Roms handelt.“

Ähnliche Aeußerungen sind aus dem ganzen Verlaufe der kirchlichen Gesezgebung nachzuweisen. Es ist daher eine willkürliche Behauptung, daß der Zweck der Maigesetze die Zerrüttung der Kirche, daß die religiöse Verwaisung eine gewollte Folge dieser Gesezgebung gewesen sei.

In dem katholischen Blatte wird dem Staate die Verantwortung für die traurigen Folgen jener Geseze zugeschrieben und im Interesse des Staates die baldige Abhilfe derselben verlangt. Beides müssen wir im Verfolg der obigen Aeußerungen entschieden zurückweisen.

Es ist keine Frage, an welcher Stelle das unmittelbarste Interesse am Seelenheil der katholischen Bevölkerung Preußens obwalten sollte, wo deshalb auch die unmittelbare Verantwortung für die jetzigen traurigen Zustände zu suchen ist, und jeder Katholik wird wissen, wer das größere Interesse an der Förderung des Seelenheils haben muß, der Staat (so ernst und erhaben er auch seine Aufgabe aufstelt) oder die Kirche. Warum richtet das Centrum seine Bitten nicht nach Rom, daß die bereits an den früheren Erzbischof Melchers ertheilte Erlaubnis der Anzeige der Geistlichen jetzt wahr gemacht und damit ein großer Theil der Maigesetzgebung und ihrer Folgen beseitigt werde. Das angebliche „Non possumus“, die Unmöglichkeit eines Nachgebens der katholischen Kirche ist längst durch den Papst selbst für hinfällig erklärt. Wenn Herr Windthorst daher, wie uns versichert wird, bei seinem Antrage keinen Hintergedanken, wenn er nur die Noth der Kirche und deren Abhilfe im Auge hat, so weiß er schon heute, wohin er seinen Antrag, seine dringenden Vorstellungen und Bitten zu richten hat.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

40. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. Januar. 12 Uhr. Am Ministertische Bitter, Friedberg, Lucius und Commissarien. Zur Beratung steht der Antrag des Abg. v. Tiedemann, die preussische Staatsregierung zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht bei ferneren Verabungen von Anleihen auch Staatspapiere auf Namen auszugeben seien.

Hierzu liegt folgender Abänderungsantrag des Abg. Weisert vor: die Staatsregierung aufzufordern:

1) den § 49 Titel 15 Theil I. Allgemeinen Landrechts, welcher lautet: „Angesehen (d. h. außer Cours gesetzt sind solche Papiere) alsdann, wenn auf den unter öffentlicher Autorität ausgefertigten Papieren dieser Art durch einen den Regeln des Instituts gemäßen Vermerk erklärt ist, daß sie nicht mehr an jeden Inhaber zahlbar sein sollen“, in dem Sinne auszuführen, daß die Hauptverwaltung der Staatsschulden Staatspapiere, welche auf den Inhaber lauten, auf Antrag des Inhabers in Papiere auf Namen umschreibt und solche Umschreibungen auf Antrag des legitimirten Gläubigers durch Nachmananbelung in ein Inhaberpapier wiederum aufhebt; 2) dem Landtage die Monarchie einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher den § 48 Titel 15 Theil I. Allgemeinen Landrechts, lautet: „Außer Cours sind solche Papiere gesetzt, wenn der Eigentümer sein Recht daran auf eine in den Augen fallende Art auf dem Instrumente selbst vermerkt hat“ und die zur Ausführung dieser Bestimmung erlassenen Geseze aufhebt.

Abg. v. Tiedemann: Anregungen von außen und eigenes Studium haben mich zu der Ueberzeugung geführt, daß es auch für uns an der Zeit sei, die Einführung von Staatspapieren auf Namen zu schaffen; ja man kann sich nur wundern, weshalb wir noch immer der einzige größere Staat der civilisirten Welt sind, der sie noch nicht beifügt. So lange wir keine consolidirte Staatsschuld hatten, war das ein wesentliches Hinderniß, Staatspapiere auf Namen einzuführen. Bei der Consolidirung stellte Camphausen einen darauf bezüglichen Antrag an das Staatsministerium, der Beschluß kam aber nicht zur Ausführung; wesentlich, weil die Verwaltung der Staatsschulden ihm energig widerstand. Berechtigt ist ein solcher Widerstand nicht, der uns das Armuthszeugniß ausstellt, daß wir nicht im Stande sind, eine in allen civilisirten Staaten gesetzmäßig wirkende Einrichtung zu schaffen, die in Frankreich, England, Oesterreich, Rußland, Holland, den Vereinigten Staaten und Hamburg besteht, in Schleswig und Hannover bestanden hat und dort nach Einführung des preussischen Staatsschulden-systems auf den Ausßerbeetat gesetzt wurde. Es handelt sich also nicht um Fiktion, eine Neuerer, sondern um eine gepfeifte Institution, die sich als die billigste und bequemste bewährt hat für die Anlage und Verwaltung von Capitalien und die Erhebung von Zinsen, als die sicherste in Bezug auf die Gefahr der Entwendung und Veruntreuung. Diese drei Eigenschaften, Sicherheit, Billigkeit und Bequemlichkeit hat man bei Schaffung der Institution im Auge zu behalten; geschieht das, so wird man auch bei uns die Ausdehnung erreichen, wie in anderen Ländern.

Besonders segensreich muß sie sich für alle die erweisen, die sich über die Chancen des Geld- und Effectenmarktes nicht fortbarnend unterrichten können, vor Allem also für Witwen und Waisen, speciell für die Anlage der Papiengelder bei den Bestimmungen der jetzigen Vormundschaftsordnung. Nach den Erfahrungen anderer Länder wirkt sie aber auch außerordentlich günstig zur Conserbirung größerer Capitalien, ist also im wahren Sinne des Wortes eine conservative Institution. Große Capitalien erhalten sich nicht selten im Besiz derselben Familie bis in die dritte und vierte Generation in ihrem ursprünglichen Bestande, ja vermehren sich noch. Auch muß die Sicherheit, welche die Einrichtung den Capitalien verleiht, zur Sparsamkeit verbunden zu dauerndem Wohlstand führt, nicht Spiel- und Speculationsgewinn. Die Einrichtung wird ferner zahlreiche Capitalien, die in weniger sicheren Werthen angelegt sind, dem Staatscredit zuführen und diesen ebenso stärken, wie sie den Besitzern gegen die Anlage in unsicheren Werthen schützt, ein wichtiges Moment gerade jetzt, wo durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen sehr große Beträge von Consols an den Markt kommen und durch das Gesez, betreffend die Ablösung von Real-lasten mit Hilfe der Rentenbanken sehr zahlreiche Institute, Kirchen, Schulen u. s. w. in den Besiz größerer Capitalien gekommen sind, ohne die Mög-

Räthe zu haben, sie absolut sicher anzulegen. Diese Möglichkeit muß geschaffen werden. Hypotheken, verhältnismäßig heute das Sicherste, sind weiter nichts als Papiere auf Namen aber eben keine Staatspapiere auf Namen, nicht der Staat garantiert die Sicherheit, sondern lediglich der Werth und die Qualität des Papiers.

Wer eine Hypothek erwirbt, muß fähig sein, die Qualität des Pfandobjectes nicht bloß im Moment der Erwerbung, sondern dauernd während seines ganzen Besizes zu beurtheilen und zu beobachten. Diese Fähigkeit ist aber nicht Jedem gegeben. Die Qualität der Hypothek hängt ferner von der Persönlichkeit des Besitzers des Pfandobjectes ab. Unpünktliche Zinszahlungen ist nicht Jeder in der Lage zu ertragen. Jene Institute haben daher auch ihre Kapitalien nur in den allerersten Fällen in Hypotheken angelegt, in den weitaus meisten haben sie die Rentenbriefe, die sie bei den Ablösungen bekommen oder an deren Stelle gefasste andere sichere Effecten außer Cours setzen lassen. Aber diese Auserkennung genügt nicht eine absolute Sicherheit. Einmal kann man nur die eigentlichen Stücke außer Cours setzen, die Couponbogen aber nicht, die also der Gefahr der Entwendung vollständig unterliegen. Wo aber auch einmal die Gefahr der Veruntreuung vorliegt, hält es nicht schwer, auf unrechtmäßige Weise die Wiederinanspruchnahme zu bewerkstelligen. Diese Einrichtung der Auserkennung und Wiederinanspruchnahme wird von allen Männern der Wissenschaft wie der Praxis absolut beurteilt, von Saling ebenso wie von den Handels- und Juristen, speciell von dem Herrn Congress für internationale Rechte im Jahre 1878. Ein weiteres Moment der Erörterung bei dem Verkehr mit Wertpapieren liegt darin, daß eine jede Verleumdung, der ein solches Papier einmal unterworfen sein könnte, die Unsicherheit verstärkt. Ist aber die Forderung, daß die Einrichtung der Auserkennung und Wiederinanspruchnahme der Wertpapiere abgeschafft werde, eine berechtigte, so sehe ich die Möglichkeit, dieselbe zu erfüllen, nur in der Schaffung von Staatspapieren auf Namen, denn irgend eine derartige Sicherung von Effecten müssen wir haben.

Es giebt noch eine dritte Art, seine Capitalien zu sichern, das ist die Hinterlegung bei der Reichsbank. Aber auch diese Maßregel bietet keine absolute Sicherheit, denn die Legitimation des Inhabers des Deposites muß zu prüfen, ist die Bank zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet. Die Effecten sind deshalb zwar bei der Bank so sicher, wie nur möglich aufbewahrt, aber für den Eigenthümer tritt dafür die Nothwendigkeit ein, den Depositen auszubehalten. Hierzu kommt, daß beim Bankdeposit die Forderung der Billigkeit und Bequemlichkeit nicht in genügendem Maße erfüllt wird. Einerseits nimmt die Bank nur in Berlin Depositen an, für jeden auswärtigen Deponenten ist also die Deponierung immer mit Kosten und Schwierigkeiten verbunden, und wer einmal in die Lage gekommen ist, ein Capital zurückzufordern, der weiß, mit welchen Weitläufigkeiten dies verbunden ist. Ueber die Art der zweckmäßigsten Einrichtung der auf Namen lautenden Papiere wird es eines eingehenden Studiums unserer Sachmänner bedürfen; die Modalitäten sind in den verschiedenen Ländern, wo sie bestehen, sehr verschieden. Wenn ich in meinem Antrage gesagt habe, die Ausgabe von Staatspapieren auf Namen solle „bei fernerer Begehung von Anleihen“ in Erwägung gezogen werden, so habe ich hiermit keineswegs sagen wollen, daß diese Institution nicht auch auf ältere Anleihen ausgedehnt werden solle. Im Gegentheil, ich glaube, daß man den Besitzern der jetzt existirenden letzteren an porteur die Befugnis giebt, dieselbe auf Namen umschreiben zu lassen. In der Form wird die neue Einrichtung meiner Meinung nach sich eng an die Einrichtung unserer jetzigen Hypothekenwesen anschließen müssen. Es würden die einzelnen Schuldentitel in ein großes Buch der Staatsschuld eingetragen sein, das nach denselben Grundsätzen zu führen wäre, wie heute die Rubrica III unserer Grundbücher. Die Cession oder der Verkauf dürfte also nur zulässig sein im Wege des gerichtlichen Vertrages. Vielleicht wäre es aber gerechtfertigt, um die Institution nicht zu sehr zu vertheuern, nur die Kosten für die Legitimation der Unterschriften zu erheben.

Es handelt sich ja bei der Cession auch lediglich um eine Legitimationsprüfung und eine Legitimation der Unterschrift. In der Presse wird vielfach behauptet, die Einrichtung werde zu theuer, und zum Beweise verweist man auf England, wo die Verwaltung dieser Staatsschuldeneinrichtung jährlich 4 Millionen Mark koste. Ich will die Wichtigkeit dieser Zahl nicht bestreiten, man darf aber nicht übersehen, daß die englische Staatsschuld mehr als sechsmal so groß ist, wie die unsere, und daß in England sämtliche Consols auf Namen geschrieben sind, was ja bei uns nicht beabsichtigt wird. Es würde vollkommen genügen, wenn wir die Hälfte unserer Consols auf Namen schreiben. In England geht man auch so weit, Consols auszugeben, die bis zur Summe von 10 Pfund heruntergehen; auch dies würde bei uns über das Bedürfnis hinausgehen; es würde hinreichen, wenn man bis zur Summe von 500 Mark herunterginge. Allerdings wird die Schwierigkeit der Einrichtung nicht gering sein, ich behaupte aber, daß die Vorteile bei weitem überwiegen. Der Antrag Weiserer enthält ebenfalls das Bedürfnis dieser Einrichtung an, nur ist er eigentlich nicht eine Abänderung des meinigen, sondern ein Theil desselben und geht parallel neben ihm her. Die Einrichtungen Frankreichs zeigen uns, daß das, was ich und was Herr Weiserer will, nebeneinander existiren kann. Wir haben das, was er will, in den titres mixtes und das, was ich will, in den titres nominatives. Doch würden wir uns durch Annahme seines Antrages für die Zukunft in einer Richtung dinculiren, von der wir heute noch nicht wissen, ob sie die richtige ist. Darum bitte ich, meinen und meinen Antrag der Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen. (Beifall.)

Abg. Weiserer: Der Vorredner hat durch seine heutigen Erklärungen seinen Antrag dem meinigen sehr nahe gebracht. Dem muß ich aber widersprechen, daß der von ihm vorgeschlagene Modus die Vorteile der Bequemlichkeit und Billigkeit mit sich führen wird. Billigkeit und Bequemlichkeit sind bei unserer gegenwärtigen Form der Staatsanleihe in hinreichender Weise vorhanden. Dagegen ist der Bestimmung des Handelsgebuches gegenüber, welche den rechtlichen Besitz von Inhaberpapieren gegen Creditansprüche selbst dann schützt, wenn dieselben verloren oder gestohlen waren, das Bedürfnis der Herstellung einer größeren Sicherheit gerechtfertigt. Das selbe läßt sich auf verschiedenen Wegen erreichen: durch Ausgabe von Nominalpapieren bei den nächsten Anleihen, wie der Vorredner will; ferner durch Auserkennung seitens Privater oder seitens der Behörden. Die beiden letzteren Wege sind in unserer bisherigen Gesetzgebung anerkannt; das Recht der privaten Auserkennung wird von vielen Seiten mit Recht verurtheilt; namentlich hat sich der deutsche Juristentag dagegen ausgesprochen. Auch der Reichstag hat mit der Frage der Auserkennung sich beschäftigt und am 8. November 1871 die dazu eingegangenen Petitionen dem Bundesrat mit dem Ersuchen überwiesen, dem Reichstag eine die Materie der Auserkennung und Wiederinanspruchnahme einheitlich regelnde Vorlage zu machen. Der Reichskanzler hat unter dem 25. Februar 1878 einen Bescheid erlassen, wonach die Vorläge wegen Erlass eines solchen Gesetzes der Commission für Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches überwiesen seien. Unsere bestehende Gesetzgebung hat viele bedeutende Zweifel darüber entstehen lassen, was unter einer Behörde zu verstehen sei; insbesondere war es zum Beispiel zweifelhaft, ob Kirchenvorstände und Gemeindebeiräte als solche Behörden anzusehen seien, welche die von ihnen ausgehenden Auserkennungen wieder aufheben könnten; ferner machte sich der Unbestand geltend, daß ausländische Papiere durch den Auserkennungsbescheid einer preussischen Behörde in ihrer Heimath nicht mehr lieferbar wurden.

Besonders kleine Capitalisten trugen den Schaden, da sie unrechtmäßig außer Cours gesetzte Papiere schwer wieder los wurden. Mit dem Antrage Tiedemann würden wir ein Experiment, einen Sprung ins Ungewisse machen. Es ist unrichtig, wenn man glaubt, Kirchen und milde Stiftungen hielten ihre Papiere fest und veräußerten sie nicht. Sie werden zur Capitalanlage schwerlich Namenpapiere wählen, wenn die Uebertragbarkeit derselben so umständlich ist, wie der Vorredner es andeutete. Um unsere Staatsrente so populär zu machen, wie es beispielsweise die französische Rente in Frankreich ist, die sich in den Händen von mehr als einer Million Besitzern befindet, halte ich ein einfaches Umschreibungsverfahren für geeigneter, als den in dem Tiedemann'schen Antrag vorgeschlagenen Modus, um so mehr, als die bestehende Gesetzgebung nicht entgegensteht. Als Vorbild könnten die Obligationen der badischen Eisenbahnanleihe dienen, bei denen die Coupons auf den Inhaber gestellt bleiben, während die Obligation selbst auf einen bestimmten Namen ausgestellt werden kann. Eine solche Einrichtung ist auch deshalb von Nutzen, weil sie den Weg zu einer gleichmäßigen internationalen Regelung dieser Angelegenheit bahnt. Die Nothwendigkeit einer solchen hat auch die Konferenz der Gesellschaft für Reform und Codification, die im vorigen Jahre in Bern tagte, anerkannt. Indem ich bitte, den durch meinen Antrag gekennzeichneten Weg zu beschreiten, der sich an die organische Entwicklung unserer Gesetzgebung anschließt, stimme ich dem geschätzlichen Vorlage des Vorredners bei.

Finanzminister Vitter: Wir können, wie die Dinge jetzt liegen, nicht zu gleicher Zeit Inhaberpapiere und Papiere auf Namen ausgeben; die Concurrenten zwischen beiden würde sonst zum Schaden des Staats auf das Unerwartete verwickelt werden. v. Tiedemann bittet auch selber seinen Antrag nach dieser Richtung Abschwächung der nicht aufrecht zu erhalten. Die Frage der Auserkennung und der Möglichkeit, Staatspapiere zu Namenpapieren zu

machen, wird von der Regierung einer sorgfältigen und wohlwollenden Prüfung unterzogen werden. Im Jahre 1869 ist diese Frage bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Consolidation der Staatspapiere angeregt worden, jedoch ohne weiteren Erfolg. Mein Amtsvorgänger Camphausen nahm sie wieder auf und legte einen Gesetzentwurf vor, der indessen in den Anfangsstadien der Beratung stecken blieb. Im Wesentlichen kann ich mich den Ausführungen des Vorredners anschließen, namentlich die Form, wie denselben gerecht zu werden ist, sich noch im Augenblick meiner Beurtheilung entzieht. Unser jetziges System der Staatsschuld beruht seit dem Jahre 1810, wo die Consolidation angebahnt wurde, auf der Ausgabe von Inhaberpapieren. Es hat sich im Großen und Ganzen bewährt, und wird im Anschluß daran die Regierung bezüglich der heute angeregten Materie in eine Prüfung des Bedürfnisses und der Form eintreten. Das Resultat dieser Erwägungen wird Ihnen mitgeteilt werden. Den für die Namenpapiere in Anspruch genommenen Vorzug der Sicherheit will ich nicht bestreiten, obgleich ich die Deponierung bei der Bank als ebenso sicher ansehe; dagegen wird die Billigkeit und Bequemlichkeit durch Namenpapiere nicht gesteigert.

Abg. Kalle: Ich verweise auf die Hamburger 3 1/2 procentige Anleihe von 10 Millionen Mark aus dem Jahre 1879. Hier konnten auf Antrag des Inhabers die Papiere auf den Namen umgeschrieben werden. Die Resultate gestalteten sich gleich bei den ersten Emissionen vorteilhafter als bei den preussischen Consols. Die Differenz betrug 1 1/2 Prozent zu Gunsten Hamburgs. Und noch jetzt hält sich die Hamburger Rente durchgehend 1/2 Prozent höher als die preussischen Consols. Die Hamburger Erfahrungen sind von der größten Bedeutung und haben namentlich gezeigt, daß die Kosten der dortigen Einrichtung verhältnismäßig sehr geringe sind. Mir scheint aber ferner ungewiss, daß dann von einer Tilgung durch Rindung nicht mehr die Rede sein kann, wenn man die Möglichkeit schafft, auf Namen umschreiben zu lassen, weil dadurch der größte Vortheil der Besitzer von den in Rede stehenden Papieren, nämlich im Besitze nicht beunruhigt zu werden, wegfällt. Und ebenso steht es mit der Generalamortisation. Außerdem halte ich dafür, daß der Staat sich das Recht zur Convertirung behufs Erreichung eines niedrigen Zinsfußes im Finanzinteresse reservire. Fällt aber dies Convertirungsrecht weg, so bleibt nichts anderes übrig, als bei der Emission von Anleihen, bei denen die Umschreibung auf den Namen stattfindet, den Zinsfuß von vornherein so zu stellen, daß für den Staat kein Interesse zum Convertiren existiren kann.

Abg. Franke: Wenn v. Tiedemann in seinem Antrage die Worte: „bei fernerer Begehung von Anleihen“ streichen wollte, dann wird das Haus gegen die Ueberweisung desselben an die Staatsregierung nichts zu erinnern haben. Den Antrag des Abg. Weiserer bitte ich abzulehnen. Denn es ist unzulässig, den § 49, I, 15 A. L. R., der lediglich von Sperrung lautet, im Wege der Instruction dahin ausulegen, daß auf Grund desselben die Umschreibung auf den Namen erfolgen soll. Was den zweiten Antrag betrifft, so möchte doch bei dem jetzt in Angriff genommenen Reichsbürgerbuch von preussischer Seite Abstand zu nehmen sein, ein neues Gesetz in dieser Beziehung über die Inhaberpapiere noch für diese kurze Zeit zu machen.

Abg. v. Tiedemann ist damit einverstanden, daß in seinem Antrage die Worte „bei fernerer Begehung von Anleihen“ wegfallen.

Hierauf werden beide Anträge der Staatsregierung zur Erwägung überwiesen.

Es folgen Petitionen.

Der ehemalige Gütereigentümer Dietrich Schmidt aus Landeck bittet, da er in Folge einer Dienstreise erblindet sei, seinen Anspruch auf eine Pension von 300 Mark Gehalts dem Herrn Minister für öffentliche Arbeiten zur Berücksichtigung zu empfehlen. Die Petitionscommission beantragte, die Petition zur Erörterung im Plenum für ungeeignet zu erklären, weil dem Petenten der Rechtsweg offen stehe. Abg. v. Ludwig beantragte, sie der Regierung zur nochmaligen Erwägung zu überweisen; er macht der Commission den Vorwurf, die Angelegenheit materiell nicht genügend geprüft zu haben.

Referent Abg. Franke vertritt sich diesen Vorwurf. Es sei ein stets festgehaltener Grundsatz des Hauses, in Angelegenheiten, zu deren Entscheidung der Rechtsweg offen stehe, ein Votum nicht abzugeben. Aus diesem präjudiciellen Grunde sei die Commission gar nicht in der Lage gewesen, eine materielle Prüfung der Angelegenheit vorzunehmen.

Abg. v. Ludwig: Der Herr Referent hat sich hier gar nichts zu verbitten. War mein Ausdruck parlamentarisch nicht zulässig, so war der Präsident das Organ, von dem derselbe zurückgewiesen werden mußte. (Sehr richtig!) Fühlt sich der Referent durch meine Bemerkung persönlich beleidigt, so stehe ich ihm, da er kein Gränder ist, jederzeit zur Disposition.

Vizepräsident v. Benda: Ich habe keine Veranlassung gehabt, die frühere Bemerkung des Abg. v. Ludwig zu rügen. Die Zurückweisung derselben seitens des Referenten war allerdings sehr scharf, ich glaube aber, daß auch der Abg. v. Ludwig ihm in der Abwehr nichts schuldig geblieben ist. (Heiterkeit.)

Nach Ablehnung des Amendements v. Ludwig wird der Antrag der Commission angenommen.

Die Petition des Oberlieutenants Grafen Brschow, betreffend die Bildung selbstständiger Jagdbezirke aus Gemeindeflächen, wird auf Antrag der Agrarcommission der Staatsregierung als Material für die Jagdgesetzgebung überwiesen.

Eine Petition der Gemeinde Schöps, Kreis Seest, wegen eines Schulhausbaues wird der Regierung zur nochmaligen Erwägung, eine Petition des Lehrers Dörfling in Rohlitz, Kreis Rattow, wegen Erhöhung seines Gehalts, zur Berücksichtigung überwiesen.

Bezüglich einer Petition der Stadt-Schuldeputation von Heilsberg, welche sich über den Kreisinspector beschwert, der an allen ihren Sitzungen theilnehme und seine Stimme abgebe, beantragt die Unterrichtscommission den Uebergang zur Tagesordnung. Das Haus tritt diesem Antrage bei und lehnt einen Antrag des Abg. Windthorst, die Petition der Regierung zur Abhilfe zu überweisen, ab.

Die Petitionen von Justiz-Actuarien, betreffend die Verbesserung ihrer jetzigen Gehaltsverhältnisse, werden der Staatsregierung zur Erwägung und zur thunlichsten Berücksichtigung bei Aufstellung des nächstjährigen Etats überwiesen.

Es folgen mehrere Petitionen von Grundbesitzern und Gemeinden aus den vormals hessischen Landestheilen und der Grafschaft Schaumburg, welche um Abänderung des Gesetzes vom 25. Juli 1876 wegen Ablösung der Forstservituten bitten.

Die Commission empfiehlt 4 der von den Petenten vorgeschlagenen 12 Abänderungsvorschläge der Staatsregierung zur Berücksichtigung, unter welchen namentlich hervorzuheben ist, daß die Abfindung in Wald derart zu bemessen sei, daß das überfischte Waldgrundstück einen nachhaltigen jährlichen Ertrag liefere, der dem Jahreswerthe der Berechtigung gleich kommt; ferner soll den Abänderungen rückwirkende Kraft auf die schon bestehenden Ablösungen gegeben werden.

Abg. v. Risselmann erklärt sich mit Entschiedenheit gegen die Commissionsanträge, weil sonst der Waldeigentümer zu sehr belastet werden würde. Wollte man den Petenten die ihren Wünschen entsprechenden Waldservituten überweisen, so würden sie mehr erhalten, als sie nach dem Capitalswerthe ihrer Berechtigungen zu beanspruchen hätten. Wenn sie j. B. Anspruch auf ein bestimmtes Quantum Brennholz hätten, so müßte ihnen, damit sie einen „nachhaltigen jährlichen“ Ertrag erzielen, ein Stück Wald überwiesen werden, welches alle Jahresklassen enthält. Aus diesem Walde würden sie aber noch andere Nutzungen (Roh-, Leeseholz, Streu u. s. w.) zu Ungunsten des Waldeigentümers ziehen. Redner beantragte deshalb über sämtliche Petita zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Graf Matschke erklärt sich aus denselben Gründen in demselben Sinne.

Minister Dr. Lucius erinnert daran, daß ähnliche Petitionen schon bei Beratung des Gesetzes von 1876 vorgelegen hätten, beide Häuser des Landtags jedoch damals mit großer Mehrheit dieselben abgelehnt. Die Abfindung in Wald statt in Capital sei zuerst 1873 in das hannoversche Gesetz gekommen, weil ohne diese Bestimmung damals ein Gesetz nicht zu Stande gekommen wäre. Dann sei dieselbe in das hessische Gesetz von 1876 aufgenommen worden. Wollte man die Bestimmung in der Weise auslegen, wie dies die Petenten wünschen, so müßte man der Regierung eine unlösliche Aufgabe zu. Er müsse sich deshalb gegen jede Abänderung des Gesetzes erklären und zwar nicht bloß im fiscalischen Interesse, sondern noch mehr im Interesse der Privatforstbesitzer. Was von der Centralstelle aus gegeben könne, um das Gesetz mit Billigkeit zur Anwendung zu bringen, namentlich um den Werth der Berechtigung angemessen festzustellen, werde auch in Zukunft geschehen.

Abg. v. Vennigsen: Das letzte Versprechen des Ministers können wir nur mit Verneinung acceptiren. Aus den Verhandlungen ist zur Genüge hervorgegangen, daß es sich nicht nur um eine Belastung des Fiscus, sondern auch Privater handelt, denen gegenüber eine ministerielle Instruction nicht bindend sein kann. Das Gesetz von 1876 kann so ausgelegt werden, daß die Berechtigten benachtheiligt werden können. Das Haus hat aber schon 1879 die Petitionen zur Berücksichtigung empfohlen und hat keine Ursache von diesem Beschlusse abzuweichen. Wäre in dem hannoverschen Gesetz von 1873, aus dem diese Bestimmung in das hessische übergegangen ist, die Regierungsvorlage angenommen worden, welche dem jetzigen Petition

entspricht, so könnte kein Zweifel entstehen. Denn es war dort vorgeschrieben, daß das abzutretende Grundstück einem der Berechtigten gleichen Ertragswerth haben solle. Es mag forstwirtschaftlich bedenklich sein, solche Berechtigungen überhaupt mit bestandener Forst abzufinden; aber entscheidend kann der Umstand nicht sein, ein wie großes Waldstück dem Belasteten verbleibt. Jedenfalls bieten unsere neueren Gesetze die Möglichkeit, den Wald, auch wenn er an Private abgetreten ist, zu erhalten, und wo sie nicht ausreichen sollten, sind wir zur Ergänzung der Lücken bereit. Ueberdies ist es nicht absolut vorgeschrieben, daß die Abfindung in Wald stattfinden muß, sondern es ist zu prüfen, ob auch nach der Abtretung eine forstwirtschaftliche Benutzung der Waldparzelle möglich ist. Dadurch, daß die Capitalabfindung zu 5 pCt. freigestellt ist, ist ein gewisser Gegenstand das Gesetz gekommen; denn bei der Entschädigung durch Wald kann dieser Zinsfuß nicht zu Grunde gelegt werden. Ich möchte also glauben, daß das Hauptpetition wohl Berücksichtigung verdient; deshalb bitte ich Sie, entgegen dem Antrag Risselmann, sich den Commissionsvorschlägen anzuschließen. (Beifall.)

Abg. Schläger erklärte die technischen Schwierigkeiten der Sache an, bat aber dringend, die Anträge der Commission anzunehmen im Interesse der Bevölkerung von Schaumburg, die zum großen Theile von den Forstnutzungen lebe.

Hierauf wird der Antrag des Abg. v. Risselmann abgelehnt und der Antrag der Commission angenommen.

Eine Petition mehrerer Gemeinden des Kreises St. Wendel um Erlass der Kosten für die Aufstellung neuer Waldbetriebspläne, welche einseitig seitens der Regierung erfolgt ist, wird auf Antrag der Agrarcommission der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber eine Petition des Reichverbandes des Landes Wurten wegen Wasserbaufortschreitens wird das Haus zur Tagesordnung über.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Lehrerwittwen-Pensionsgesetz, Zuständigkeitsgesetz und Schlachthausgesetz.)

Berlin, 19. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] hörte heute Mittag den Vortrag des Chefs des Civilcabinetts, Wirklichen Geheimen Rathes von Wilmowski.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] besuchte seit Beginn des neuen Jahres folgende Anstalten: Bethanien, das St. Hedwigs-Krankenhaus, das Elisabeth-Krankenhaus, das städtische Gertrauden-Hospital, die israelitische Altersversorgungs-Anstalt und die Gögner'sche Waisen-Anstalt.

[Ihre Kaiserlichen und Königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] begaben sich gestern Vormittag mit dem 10-Uhr-Zuge nach Potsdam und kehrten um 4 Uhr hierher zurück. (Reichsanz.)

Berlin, 19. Jan. [Einbringung der Regierungsvorlage über die Verlängerung der Legislatur- und Budgetperioden im Reichstage.] Officiell wird geschrieben: Da der im vorigen Jahre dem Reichstage vorgelegte Gesetzentwurf wegen Aenderung der Artikel 13, 24, 69, 72 der Reichsverfassung damals unerledigt geblieben ist, so hat der Kanzler beim Bundesrat beantragt, diesen Entwurf der zweijährigen Budgetperiode dem Reichstag in unveränderter Fassung wieder vorzulegen.

— Berlin, 19. Jan. [Zur Beantwortung der letzten türkischen Note.] Gegenüber der Meldung, daß eine Antwort auf die letzte türkische Note noch von Seiten keiner Macht erfolgte, ist daran zu erinnern, daß die Note erst vorgestern amtlich zur Kenntniß der diesseitigen Regierung gebracht ist. Es haben indessen sofort diplomatische Verhandlungen zum Zweck einer Verständigung der Mächte über ihre Stellung zu dem Vorschlage begonnen. Hier hat der letztere insofern eine sympathische Aufnahme gefunden, als man diesseits jedes Mittel willkommen heißt, welches gestattet, den Vermittelungsweg fortzusetzen, den das 13. Sitzungsprotokoll des Berliner Congresses vorschlägt, allein man verhehlt sich nicht, die großen Schwierigkeiten, welche dem Vorschlage der Pforte entgegenstehen und man setzt daher auch nicht allzu große Hoffnungen auf die Annahme oder gar auf den Erfolg desselben.

[Militär-Wochenblatt.] v. Bezmarjowski, Oberstl. vom 4. Großh. Hess. Inf.-Regt. (Brig. Karl) Nr. 118, unter Stellung à la suite des Gren.-Regts. König Friedrich Wilhelm IV. (1. Bomm.) Nr. 2, zum Inspecteur der milit. Strafanstalten ernannt. Merter, Major vom 5. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 65, als Bats.-Command. in das 4. Großherzog. Hess. Inf.-Regt. (Brig. Karl) Nr. 118, Major vom 2. Großherzog. Hess. Inf.-Regt. (Großherzog) Nr. 116, als etatsmäß. Stabsoffiz. in das 5. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 65, versetzt. Mahe, Major, aggreg. dem 4. Großh. Hess. Inf.-Regt. (Brig. Karl) Nr. 118, in die älteste Hauptmannsstelle des 2. Großh. Hess. Inf.-Regts. (Großherzog) Nr. 116 einrangirt. Kriess, Major z. D., zum Bats.-Command. des 1. Bats. (Znowogoraw) 7. Bomm. Landw.-Regts. Nr. 54 ernannt. Rabe, Major vom 3. Bomm. Inf.-Regt. Nr. 14, als etatsmäß. Stabsoffizier in das 8. Bomm. Inf.-Regt. Nr. 61 versetzt. v. Roell, Major, aggreg. dem 3. Bomm. Inf.-Regt. Nr. 14, in die älteste Hauptmannsstelle dieses Regts. einrangirt. Steinbrunn, Major z. D., zum Bats.-Command. des 2. Bats. (Br. Stargard) 8. Bomm. Landw.-Regt. 61 ernannt. Flad, Major, aggreg. dem 6. Divisions. Inf.-Regt. Nr. 43, in dies Regt. einrangirt. v. Jossa, Oberst à la suite des 3. Rhein. Inf.-Regts. Nr. 29 und Inspecteur der milit. Strafanstalten, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches, mit Pens. und der Uniform des 3. Rhein. Inf.-Regts. Nr. 29 zur Disp. gestellt. v. Buhl, gen. Schimmelpenning von der Dpe, Oberstl. z. D., von der Stellung als Bats.-Command. des 1. Bats. (Znowogoraw) 7. Bomm. Landw.-Regts. Nr. 54 entbunden. Kriess, Major vom 8. Bomm. Inf.-Regt. Nr. 61, mit Pension zur Disp. gestellt. v. Kott, Major z. D., von der Stellung als Bats.-Command. des 2. Bats. (Br. Stargard) 8. Bomm. Landw.-Regts. Nr. 61 entbunden. v. Rappard, Major à la suite des Inf.-Regts. Prinz Friedrich der Niederlande (2. Weisfal) Nr. 15 und Bataillon in Hannover, mit Pension zur Disposition gestellt. Rinderling, Contre-Admiral und Chef der Marinestation der Dsise, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pens. zur Disp. gestellt. Vatsch, Viceadmiral, unter Einbindung von der Stellung als Director in der Admiralität, zum Chef der Marinestation der Dsise ernannt. — v. Rodscheid, Sec.-Lt. vom 4. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 61, unter Einbindung von seinem Com-mando zur Dienstleistung bei dem Hof. Ulanen-Regt. Nr. 10, in das 1. Großherzog. Hess. Inf.-Regt. (Garde-Regt.) Nr. 23 versetzt. — Freiherr v. Selbened, Oberstl. a. D., zuletzt Major und etatsmäß. Stabsoffizier im 1. Leib-Inf.-Regt. Nr. 1, mit der Erlaubnis zum ferneren Tragen der Uniform des gedachten Regts. zur Disposition gestellt.

Frankreich.

Paris, 18. Januar. [Schnee. — Stichwahlen. — Ordensverleihungen. — Die Ausweisung Ciprianis.] Paris lag heute früh im Schnee begraben, der Verkehr in der Stadt war den ganzen Tag über ein äußerst schwieriger, und da am Vormittag plötzliches energisches Thauwetter eintrat, so verwandelten sich die Straßen in wahre Cloaken. Die Verbindung mit der Außenwelt war ebenfalls vollständig in's Stocken geraten. Auf der Nordbahn ging kein Zug ab und es kam keiner an; wir wissen noch nicht, ob die Abendzüge abgelassen werden können, denn der Telegraph meldet, daß an der belgischen Grenze ein gewaltiger Schneesturm herrscht. Auf der Ostbahn ist der Dienst ein höchst unregelmäßiger, obgleich in dieser Richtung die Schneefälle nicht so bedeutend gewesen zu sein scheinen. Im Süden, in Lyon, Marseille und besonders in Nîmes herrscht starker Frost mit Schneefall; überall ist der Verkehr gestört. Wir haben heute weder Zeitungen noch Briefe von außerhalb erhalten. — Die politischen Neuigkeiten bieten nicht viel Interesse. Die Journale commentiren noch den Ausfall der Stichwahlen vom Sonntag, und da es bei diesen Wahlen ganz ebenso zugegangen, wie bei der Abstimmung vom 9. Januar, so wiederholt man in den Leitartikeln einfach, was schon vor acht Tagen gesagt worden. Heute Vormittag hat ein Ministerconseil unter dem Vorhitz Jules Grévy's im Elysee stattgefunden. Der Präsident der Republik unterzeichnete bei dieser Gelegenheit eine erkleckliche Zahl von Ordensverleihungen. Es sind diesmal auch einige Künstler und Schriftsteller bedacht worden.

ab Bahn bez. u. B., fein weiß udermärtischer — Markt ab Bahn bez.,
per Jan. — Markt bez., per Januar-Febr. — M. bez., per April-Mai
207½ — 207 M. bez., per Mai-Juni 208½ — 208 M. bez., per Juni-Juli
209½ Markt bez. Gefündigt — Centner. Kündigungspreis — Markt.
Koggen loco 195 bis 212 Markt pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert,
inländischer mit starkem Ausbruch — Markt ab Bahn bez., inländ. 204 bis
208 Markt ab Bahn bez., fremder — M. ab Bahn bez., polnischer mit etwas
Geruch — M. ab Bahn bez., flammer inländ. 195—202 Markt ab Bahn
bez., neu fein weiß galiz. — Markt ab Bahn bez., per Januar 205½
bis 204 Markt bez., per Januar-Februar — M. bez., per April-Mai 197½
bis 196½ — 196½ Markt bez., per Mai-Juni 192½ — 192½ — 192½ Markt
bez., per Juni-Juli 186½ — 185½ M. bez. Gefündigt 3000 Ctr. Kündi-
gungspreis 203½ M. — Gerste loco 145 bis 200 M. nach Qualität gefor-
dert. — Hafer loco 145—168 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert,
ofter- und weipreussischer 148—155 Markt bez., russischer 147—153 M. bez.,
pommerscher, medlenburgischer und udermärtischer 153 bis 158 Markt bez.,
schlesischer 151—156 M. bez., böhmischer 151 bis 156 M. bez., fein weiß
russ. — Markt bez., neumärtischer — M. bez., galizischer — M. ab Bahn
bez., fein weiß. medlenburgischer 159—161 Markt ab Bahn bez., per Januar
— M. bez., per Januar-Februar — Markt bez., per April-Mai 152½ bis
152½ Markt bez., per Mai-Juni 152½ Markt bez., per Juni-Juli 153½
Markt Br. Gefündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Erbsen, Koch-
maare 178 bis 215 Markt, Futtermaare 162—177 Markt. — Leinöl 65
Markt bez. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 29 M. bez., per
Jan. 27½—28 M. bez., per Januar-Februar 27,1 Markt bez., per Febr.-
März 27 Markt bez., per Februar — Markt bez., per März-April — Markt
bez., per April-Mai 26,2 M. Gd. Gcl. — Ctr. Kündigungspreis — M.
Spiritus loco ohne Faß 53,2 Markt bez., für nächste Woche 53,4 M.
bez., per Januar 54,2—54,3—54,2 Markt bez., per Januar-Februar 54,2
bis 54,3—54,2 Markt bez., per Februar-März — Markt bez., per April-Mai
55,2—55,1—55,4—55,2 M. bez., per Mai-Juni 55,4—55,5—55,4 M. bez.,
per Juni-Juli 56 M. bez., per Juli-August 56,8—56,9 Markt bez., per
August-September — Markt bez. Gefündigt — Liter. Kündigungspreis
— Markt.

Wechsel-Course.

do. Stargard-Posen . . .	4	99.50 G	D. Eisenbahn-G. . .	0	—	4	5.20 bz
do. do. II. Em. . .	4	102.75 G	Märk. Schmach. G.	0	—	4	35.75 bz
do. do. III. Em. . .	4	102.75 G	Nordd. Gummi-fab.	1 1/2	—	4	—
do. Ndschl. Zwgb. . .	3 1/2	—					
Ostpreuss. Südbahn . .	4	102.20 B	Pr.Hyp.-Vers.-Act.	2	—	4	86.90 bzG
Rechte-Oder-Ufer-B. .	4	103.75 G	Schles. Feuervers.	22	—	fr.	1120 G
Schlesw. Eisenbahn . .	4	102.75 G					
Charkow-Asoow gar. . .	5	96.90 B	Bismarckhütte . .	12	—	4	115.90 bzG
do. do. in Pfd. Sterl. .	5	—	Donnersmarchhütte.	1 1/2	—	4	63.00 bz
Charkow-Kremen. gar.	5	96.00 B	Dortm. Union . . .	0	—	4	12.75 G
do. do. in Pfd. Sterl. .	5	92.25 B	do. St.-P.Lit.A. . .	2	—	6	94.10 bzG
Kjassan-Koslow gar. . .	5	101.20 G	Königs-u. Laurah.	6 1/2	—	4	122.25 bzG
Dux-Bodenbach	5	85.60 bz	Lauchhammer . .	0	—	4	33.80 bzE
do. II. Emission . . .	5	83.50 bz	Marionhütte	4	—	4	7.50 bzB
Frsg-Dux	fr.	50.75 bzG	Oona. Bodenhütte .	8	—	4	145.00 G
Gal. Carl-Ludw. Bahn .	5	89.30 G	do. Obblig.	6	6	6	104.00 B
do. do. neue	5	88.25 G	Schl. Kohlew. . . .	3	—	4	113.25 G
Kaschau-Oderberg . . .	5	78.20 bz	Schl.Zinkb.-Action .	5 1/2	—	4	96.00 bzG
do. Gold-Prior. . . .	5	92.20 bzG	do. St.-Pr. Act. . .	5 1/2	—	4 1/2	101.00 bzB
Ung. Nordostbahn . . .	5	72.50 bzG	do. Obblig.	5	5	5	107.00 B
Ung. Ostbahn	5	71.30 bz	Oppeln. Portl.Cem.	4 1/2	—	4	67.50 E
Lemberg-Ozernowitz .	5	79.00 G	Groschowitz do. .	4	—	4	76.00 bzG
do. do. II.	5	83.80 G	Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	78.00 bzE
do. do. III.	5	78.40 bzG	Vorwarthütte . . .	0	—	4	23.75 bzG
do. do. IV.	5	77.10 bzG					
Mittelsche Grubeb. . .	5	87.10 G	Bresl. E.-Wagenb.	3 1/2	—	4	80.50 bzG
Mähr.Schl.Centralbahn.	fr.	30.90 bzG	do. u. Oelfabr.	7 1/2	—	4	83.50 B
Kroppr. Budol-Bahn . .	5	84.10 bz	do. Strassenbahn.	6 1/2	—	4	124.25 bzG
Oesterr.-Franzsische .	3	331.40 B	Erdm. Spinnerei . .	0	—	4	—
do. do. II.	3	370.30 bzG	Görizitz. Eisenb.-B.	3	—	4	78.25 G
do. süd. Staatsbahn . .	3	273.60 bzG	Hoffm aWag.-Fabr	2	—	4	53.00 B
do. neue	3	273.60 bzG	O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	48.25 bzG
do. Obligationen . . .	5	87.50 bzE	Schl. Leinenind. . .	6	—	4	95.25 G
Ruman. Eisenb.-Obblig.	5	100.75 bzE	do. Porcellan . . .	2	—	4	—
Warschau-Wien II. . .	5	103.50 bz	Wilhelmsh. MA. . .	0	—	4	37.90 B
do. III.	5	103.00 bz					
do. IV.	5	101.75 etbzG					
do. V.	5	101.75 bz					
do. VI.	5	102.25 bz					

* Breslau, 20. Jan., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unverändert. Weizen in milder Stimmung, per 100 Kilogr. schlechter weißer 19,30 20,90—21,80 Mark, gelber 18,30—19,80 bis 20,80 Mark, feinste Sorte per Notiz bezahlt.

* Breslau, 20. Jan., 9 $\frac{1}{2}$ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unverändert. Weizen in maiter Stimmung, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,30 bis 20,90—21,80 Mark, gelber 18,30—19,80 bis 20,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Neuerungen an der Kanndebrockfen Windlade für Orgeln, Orchestrions und dergleichen Multinfrumente: J. A. Memel in Straßburg. — Verfahren und Apparat, um Zucker oder Zuderfüllmasse dadurch zu deden, daß man dieselben ohne Hinzufügung anderer Stoffe unter Erwärmung schleudert: C. Bögel in Bries (Reg.-Bez. Breslau). — Vorrichtung zum Reinigen der Luft und zum Auswaschen der Luftröhren für Bierdruckapparate: C. Hofmann in Bremen. — Verfahren zur Gewinnung von Thonerdehydrat und ebenf. Alkalien aus natürlichen Thonerdesilicaten: H. Müller, Betriebs-Director und Bergassessor a. D. in Kölscheld bei Aachen. — Rettungszappa- rat zur Benugung bei Feuersgefahr: J. J. Ceynall und A. Kostomsky in Hamburg. — Wasserzbringer für Feuerzprigen: W. Schüller in Seebeck, Amtsbegirt Rotenburg, Provins Hannover. — Schwimmiade: Johannis u. Schmielau und L. Arp in Kiel. — Hygro-Baro- meter: W. Lambrecht in Göttingen. — Neuerungen an Spindelbremsen für Eisenbahnwagen: J. Hardy in Wien. — Neuerungen an mechanisch bewegten Zielen: A. Michels, Premier-Lieutenant im Westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 8 in Lippstadt i. W. — Neuerungen an) Auf- lese- und Garbenbind- Maschinen: C. E. Vaughan in London. — Neuerungen an selbstthätigen Gasanzündern: Ch. Westphal in Frankfurt am Main. — Schlastisch: H. Schlägler in Berlin. — Neuerungen in der Erzeugung von Gas und Apparate dazu: H. Reeves in Camberwell, Eng- land. — Stirt- und Waschmaschine: A. Hirsch in Stuttgart. — Control-Apparat für das Drehen der Fässer bei dem unter P.-N. Nr. 6620 für Fr. Michaelis patentirten Dreh- Sffig- Silber-System: G. Zartmann in Bonn. — Weinpresse: A. Mialhe in Montredon, Frankreich. — Neuerungen an Wellenlagern: J. S. Taylor und St. W. Challen in Bir- mingham. — Malzpuß- und Sortir-Maschine: Gebrüder Weismüller in Frankfurt a. M. — Vorrichtungen zum Dessiren und Schießen von Schie- ßenstern: W. Riley in Keighley und S. C. Taylor in Morecambe, England. — Neuerungen an Defen für die Darstellung von Cots oder Cafen und der Entwidlung von Wasserdampf: C. Klingsford in London. — Kopfbalter für photograpbische Brede: H. Dams, Heliophotograph in Berlin. — Schreibfederkalze: C. Fischer in Halle a. S. (Fischer hat 43 Patent am 3. Januar 1881 an den Kaufmann David Dreofuß in Berlin abgetreten). — Neuerungen in der Rauchverbrennung bei Heizungs- und Feuerungs- anlagen: C. Scheide in Mündeberg. — Neuerungen an Milchtrennungsmaschinen: Eisenwert Neumünster, Schmidt u. Susemil in Neumünster, Holstein. — Freistehender Kühlturm mit etagenförmiger Anordnung von Kühltürfen mit Ventilation und Wasserzührung: Jädel-Handwert in Grimma in Sachsen. — Apparat zur Prüfung der Elasticität von Locomotiv- und Wagensfedern und der Festigkeit von Metallen: F. Meyersmann in Hagen i. W. — Kälblapparat für Gährboittige: G. Herzog in Coburg. — Thürschloß: A. Trost in Würz- burg. — Spornsteinaussatz mit Vorrichtung zum Reinigen und Verschließen des Spornsteinsprobes: H. Haltauterdorbe in Kassel. — Neuerungen an

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.

Donnerstag. 93. Abonnement. 27te
Vorstellung im Cycloß zu ermäßig-
ten Preisen: „**Martha**“, oder: „**Der**
Markt zu Richmond.“ Oper mit
Lanz in 4 Acten.